

BUND-Position

Photovoltaik in der Region Hannover

Was schon durch die Klimakrise zunehmend offenbar geworden ist, zeigt sich durch den Überfall Russlands auf die Ukraine noch deutlicher: Wir haben ein Energieproblem, und Entscheidungsträger aus Politik, Verwaltungen und Energiekonzernen haben über Jahrzehnte hinweg den Ausbau der erneuerbaren Energien verschleppt.

In der jetzigen Situation droht sehr vielen Bürgern durch explodierende Preise nicht nur Energiearmut, sondern auch Armut allgemein. Finanzielle, staatliche Unterstützung hat ihre Grenzen, wenn der Staat nicht andere, sehr dringliche Aufgaben vernachlässigen will – Klimaschutz, Bekämpfen der immer größer werdenden Armut in den einkommensschwachen Bevölkerungsschichten und des bedrohlichen Schwunds an Biodiversität. So sehen wir bei der aktuellen Entwicklung eine sehr ernsthafte Gefahr für den sozialen Frieden aufziehen.

Der BUND Region Hannover fordert daher die politischen Mandatsträger und die Verwaltungen von Landeshauptstadt Hannover und Region Hannover auf, in Anlehnung an das gemeinsame Positionspapier von NABU und BUND in BaWü (<https://www.dialogforum-energie-natur.de/photovoltaik/position-der-verbaende/>) folgende Punkte (neben der Wärmewende) ohne Verzögerung und mit maximaler Anstrengung umzusetzen:

Strom einsparen:

1. Mit PR-Maßnahmen ist in Form von Kampagnen auf die vielen Möglichkeiten hinzuweisen, den Stromverbrauch in Haushalt und Gewerbe zu senken und auf die bereits vorhandenen Beratungsmöglichkeiten dazu aufmerksam zu machen (bspw. Stromlotsen; ecoBizz etc.).
2. Der Stromsparcheck für einkommensschwache Haushalte, ein Gemeinschaftsprojekt von AWO und Klimaschutzagentur Region Hannover ist entschieden zu stärken und auch auf Rentnerinnen und Rentner auszudehnen.
3. Die Substitution von Nachtspeicherheizungen sowie Öl- und Gasheizungen durch Wärmepumpen oder Fern-/Nahwärme ist in allen Verbrauchergruppen in Verbindung mit der gezielten Senkung des Wärmebedarfs durch Kampagnen und Informations- und Beratungsangebote sowie Förderprogramme (z.B. Dach & Solar) zu unterstützen.

Strom erzeugen:

1. Festsetzung des KfW-40-Standards in Neubaugebieten sowie Solarpflicht bei Neubauten und Dachsanierungen durch das Land Niedersachsen, möglichst in Kombination mit Dachbegrünung und ggf. Speichern. Wo es möglich ist, sollten auch Fassaden mit PV bestückt oder sonst alternativ begrünt werden. Über alle durch Land und Bund neu festgelegte Pflichten informiert die Klimaschutzagentur schnell und umfangreich.
2. Aufstellung eines Investitionsprogramms „PV 2035“ mit einem Zeitstufenkonzept zur möglichst vollständigen Ausrüstung aller geeigneten Gebäude in städtischem oder Regionsbesitz mit Photovoltaikanlagen, soweit möglich auch an Fassaden. Wo nötig Einbindung von Contractingunternehmen zur Reduktion des Mittelbedarfs in öffentlichen Haushalten.

3. Demonstrationsprojekte zur Mieterstromerzeugung bei der KSG und Hanova möglichst in Verbindung mit dem Ausbau der Dachgeschosse, um zusätzlichen Wohnraum zu gewinnen im Jahr 2023. Entwicklung eines Förderprogramms zur PV-Mieterstromversorgung (Mieterstrom & Dachausbau) für die gesamte Wohnungswirtschaft in der Region Hannover ab 2024.
4. Streckenweise Überdachung einer Veloroute mit PV-Modulen als Pilotprojekt, Leistung z.B. ca. 500 kWp, gerne als Bürgerenergieprojekt, wie vor einigen Jahren von enercity schon einmal erfolgreich durchgeführt. Die Auswahl sollte gemeinsam mit dem ADFC erfolgen.
5. Flächendeckende Bewerbung und Unterstützung der Installation von PV auf Bestandsgebäuden von Gewerbebetrieben, Firmen und Vereinigungen jeder Art, Kirchen und Wohnungsbaugesellschaften.
6. Förderung von Bürgerenergiegenossenschaften zum Betrieb von PV-Großanlagen gemäß der von der Bundesregierung noch nicht umgesetzten EU-Richtlinie. Nutzung der geplanten Möglichkeit, Anlagen bis zu 6 MWpeak auch unabhängig der Ausschreibungen zu errichten.
7. Förderung von Freiflächen-PV auf geeigneten Flächen entsprechend des gemeinsamen Papieres der Naturschutzverbände Baden Württembergs. Wo sinnvoll und möglich, sollten solche Anlagen durch bifaziale Module in Ost-West-Richtung ergänzt werden, um die Tageszeit auszudehnen, in der Strom geerntet werden kann. Wo die Nutzung von PV-Anlagen auf landwirtschaftlichen Flächen in Frage käme, ist sicherzustellen, dass durch die Bauweise der Anlagen (Aufständigung) die weitere landwirtschaftliche Nutzung möglich bleibt.
8. Aufstockung des Förderbetrags für das Programm Dach und PV durch die Region Hannover.
9. Nachbesserung des Sofortprogramms der LHH sowie Erstellung von mittelfristigen Programmen für die Zeit bis 2026 bei der LHH und bei der Region Hannover.
10. Aufbau von großen PV-Anlagen rund um die Flughäfen Langenhagen sowie Wunstorf und Erarbeitung eines möglichst naturverträglichen Konzepts zur Freiflächen-PV in der Region Hannover.
11. Prüfung aller Lärmschutzwände in Stadt und Region Hannover in Kooperation mit dem Landesamt für Straßenbau und der Deutschen Bahn in Bezug auf ihre Tauglichkeit zur Bestückung mit PV-Anlagen mit dem Ziel, geeignete Flächen entsprechend aufzurüsten.
12. Langstreckige PV-Bestückung an Lärmschutzwänden u. ä., z. B. am nördlichen Südschnellwegrand im Rahmen der Sanierung und zusätzlich im Bereich Kirchröde entlang der Lärmschutzwand.
13. Es sind Tarifstrukturen zu fördern, die den Einsatz von Wärmepumpen unterstützen.